

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	15

I. § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG als Zentralvorschrift für die Besteuerung der Mitunternehmer

1. Einführung	17
2. Der Inhalt des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG und seine Ergänzung durch § 15 Abs. 1 Nr. 3 EStG	17
3. Der Sinn und Zweck des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	18
4. Der rudimentäre Charakter des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG	19
5. Die systematische Stellung des § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG im EStG	20
6. Die unter § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG fallenden Gesellschaften	20

II. Mitunternehmer und Mitunternehmerschaft

1. Allgemeines zum einkommensteuerrechtlichen Unternehmerbegriff	21
2. Der Mitunternehmer	23
a) Allgemeines	23
b) Abgrenzung zwischen Arbeitnehmer und Mitunternehmer	24
c) Der Kommanditist und der stille Gesellschafter als Mitunternehmer	25
d) Innengesellschaft	28
3. Die Mitunternehmerschaft	29
a) Allgemeines	29
b) Personengesellschaften, die keine Mitunternehmerschaften sind	29
aa) Allgemeines	29
bb) Publikumpersonengesellschaften	31
c) Keine Mitunternehmerschaften, die keine Personengesellschaften sind	34
d) Die Unterscheidung zwischen gewerblichen und nichtgewerblichen Mitunternehmerschaften	34

III. Personengesellschaften

1. Allgemeines	35
2. Die offene Handelsgesellschaft	35
3. Die Kommanditgesellschaft	36

a) Allgemeines	36
b) Die GmbH & Co. KG	36
4. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	36
a) Allgemeines	36
b) Besondere Arten der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	37
5. Die Partenreederei	38
6. Die stille Gesellschaft	39
7. Die Kommanditgesellschaft auf Aktien	40
8. Unterbeteiligungen	41

IV. Die Bilanzbündeltheorie und die Gesamthands- vorstellung

1. Allgemeines	41
2. Die alte Bilanzbündeltheorie	42
3. Die Gesamthandsvorstellung	42
4. Die Urteile der neuen BFH-Rechtsprechung	44
5. Verwaltungsanweisungen	63

V. Betriebsvermögen einer Personengesellschaft

1. Allgemeiner Überblick	65
2. Gesellschaftsvermögen	66
a) Begriff	66
b) Notwendiges und gewillkürtes Betriebsvermögen	66
c) Notwendiges Privatvermögen	68
3. Sonderbetriebsvermögen	69
a) Begriff	69
b) Arten des Sonderbetriebsvermögens	71
aa) Allgemeines	71
bb) Sonderbetriebsvermögen I	71
cc) Sonderbetriebsvermögen II	71
dd) Notwendiges Sonderbetriebsvermögen	72
ee) Gewillkürtes Sonderbetriebsvermögen	73
ff) Negatives Sonderbetriebsvermögen	74
c) Geldforderungen als Wirtschaftsgüter des Sonderbetriebsvermögens?	74
4. Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben	76

VI. Übertragung von Wirtschaftsgütern

1. Einführung	77
a) Die handelsrechtliche Stellung der Personengesellschaften	77
b) Die steuerrechtliche Stellung der Personengesellschaften	77
c) Die neue Rechtsprechung des BFH	77
2. Die möglichen Übertragungsfälle	79

3. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Gesellschafts- vermögen und einem anderen Betriebsvermögen eines Mitunter- nehmers	80
a) Allgemeines	80
b) Entgeltliche Veräußerung	80
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten	83
aa) Begriff	83
bb) Wahlrecht der Personengesellschaft	84
cc) Einbringung in eine Personengesellschaft, die keinen Gewerbebetrieb zum Gegenstand hat	87
dd) Überführung in eine ausländische Betriebsstätte	87
d) Übertragung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten und sonstiges Entgelt	88
e) Übertragung gegen Minderung von Gesellschaftsrechten	88
4. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Gesellschafts- vermögen und einem Sonderbetriebsvermögen	89
a) Allgemeines	89
b) Entgeltliche Veräußerung	90
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern gegen Gewährung oder Minderung von Gesellschaftsrechten	91
5. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen dem Sonderbetriebs- vermögen eines Mitunternehmers und einem anderen Betrieb des- selben Mitunternehmers	92
6. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen Sonderbetriebsver- mögen verschiedener Mitunternehmer	93
a) Allgemeines	93
b) Entgeltliche Veräußerung	93
c) Unentgeltliche Übertragung	94
d) Teilweise entgeltliche Übertragung	96
7. Übertragung eines Wirtschaftsguts zwischen einem anderen Betriebsvermögen eines Mitunternehmers und dem Sonderbe- triebsvermögen eines anderen Mitunternehmers derselben Perso- nengesellschaft	97
8. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Betriebsver- mögen einer Mitunternehmerschaft und dem Privatvermögen eines Mitunternehmers	99
a) Übertragung zwischen dem Gesellschaftsvermögen und dem Privatvermögen eines Mitunternehmers	99
aa) Übertragung vom Gesellschaftsvermögen ins Privatver- mögen	99
bb) Übertragung von Privatvermögen ins Gesellschaftsvermö- gen	100

b) Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen Privatvermögen und Sonderbetriebsvermögen eines Mitunternehmers	101
c) Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen dem Privatvermögen eines Mitunternehmers und dem Sonderbetriebsvermögen eines anderen Mitunternehmers	102
9. Übertragung bei mittelbarer Beteiligung	103
10. Übertragung von Wirtschaftsgütern zwischen personengleichen oder teilweise personengleichen Mitunternehmerschaften	104

VII. Sondervergütungen

1. Allgemeines	105
a) Begriff der Sondervergütung	105
b) Sinn und Zweck der Behandlung von Sondervergütungen als gewerbliche Einkünfte	106
c) Der Beitragsgedanke	107
aa) Einführung	107
bb) Gelegentliche Tätigkeit	108
cc) Der Arbeitnehmerkommanditist	108
dd) Ziel des Beitragsgedankens	109
ee) Grundüberlegungen des Beitragsgedankens	109
ff) Anwendungsbereich des Beitragsgedankens	109
gg) Kritik am Beitragsgedanken	110
hh) Die geltende Rechtslage	111
d) Die Subsidiaritätsthese	114
aa) Einführung	114
bb) Bedenken gegen die Subsidiaritätsthese	116
cc) Die Entscheidung des BFH	117
dd) Folgen der Ablehnung der Subsidiaritätsthese	117
2. Tätigkeitsvergütung	120
a) Auswirkungen des Beitragsgedankens	120
b) Vergütungen, die ein Mitunternehmer für Tätigkeiten erhält, die er vor dem Erwerb seiner Mitunternehmerschaft der Personengesellschaft erbracht hat	120
aa) Allgemeines	120
bb) Pensionsrückstellungen und Pensionsabfindungen	121
cc) Andere Fälle der Vergütung für Leistungen vor Beginn der Mitunternehmerschaft	122
c) Weitere Vergütungen, die nicht unter § 15 Abs. 1 Nr. 2 EStG fallen	122
d) Die geleistete Tätigkeit stellt sich als Wertabgabe aus einem anderen Betrieb des Mitunternehmers dar	122
3. Vergütung für die Hingabe von Darlehen	124
a) Grundsätzliches	124
b) Kein Sonderbetriebsvermögen, sondern Kapital	125

c) Darlehensgewährung vor Beitritt als Mitunternehmer	125
d) Sonderfälle	126
4. Vergütung für die Überlassung von Wirtschaftsgütern	127
a) Allgemeines	127
b) Sonderbetriebsvermögen	127
c) Sonderfälle	127
d) Überlassung von Wirtschaftsgütern vor Beitritt als Mitunternehmer	129

VIII. Gewinnermittlung

1. Gewinnermittlung im allgemeinen	129
a) Unterschiedliche Ermittlung der Einkünfte bei den sieben Einkunftsarten	129
b) Gewinneinkünfte	130
aa) Allgemeines	130
bb) Der Betriebsvermögensvergleich	130
cc) Verhältnis zwischen § 4 Abs. 1 und § 5 EStG	131
dd) Vereinfachte Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 EStG	132
c) Überschußeinkünfte	132
2. Gewinnermittlung bei Personengesellschaften, die einen Betrieb zum Gegenstand haben	133
a) Einführung	133
b) Personengesellschaften, die einen Gewerbebetrieb zum Gegenstand haben	134
aa) Maßgeblichkeitsgrundsatz	134
bb) Transformation der Handelsbilanz in die Steuerbilanz	134
cc) Betriebsvermögensvergleich und Gewinnverteilung	135
dd) Sonderbetriebsvermögen	136
ee) Betriebsvermögensvergleich im Sonderbetriebsvermögen	137
ff) Gesamtbetriebsergebnis eines Gesellschafters und der Gesellschaft	137
gg) Die steuerrechtliche Gesamtbilanz der Personengesellschaft	137
hh) Ergänzungsbilanz	137
ii) Beispiel für die Bilanzierung bei einer Personengesellschaft	139
c) Personengesellschaften, die einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb oder eine selbständige Tätigkeit zum Gegenstand haben	141
3. Einkünfteermittlung bei Personengesellschaften, die keinen Betrieb zum Gegenstand haben	141
4. Einheitliche Gewinnermittlung und Buchführungsgrenzen	142
a) Einheitliche Gewinnermittlung	142
b) Buchführungsgrenzen	142

5. Abschreibungsfragen	143
a) Abschreibungsfragen bei zum Gesellschaftsvermögen gehö- renden Wirtschaftsgütern	143
b) Abschreibungsfragen bei zum Sonderbetriebsvermögen gehö- renden Wirtschaftsgütern	144
6. Übertragung stiller Reserven	145

IX. Gewinnverteilung

1. Allgemeines	148
2. Die handelsrechtliche Gewinnverteilung	148
a) Gesetzliche Regelungen	148
aa) Gesellschaft bürgerlichen Rechts	148
bb) Offene Handelsgesellschaft	149
cc) Kommanditgesellschaft	150
dd) Stille Gesellschaft	150
b) Vertragliche Vereinbarungen	150
3. Anwendung des handelsrechtlich maßgebenden Gewinnver- teilungsschlüssels auf den steuerrechtlichen Gewinn	151
4. Gewinnverteilungsabreden	152
a) Allgemeines	152
b) Sondervergütung	152
c) Außergesellschaftsrechtliche Vereinbarungen	154
d) Das Problem der Angemessenheit	155
e) Rückwirkung von Gewinnverteilungsabreden	156
f) Der steuerrechtliche Mehrgewinn	157

X. Das negative Kapitalkonto

1. Das negative Kapitalkonto im allgemeinen	160
2. Das negative Kapitalkonto beim Kommanditisten	161
a) Das Handelsrecht	161
b) Das Steuerrecht	161
aa) Allgemeines	161
bb) Wegfall des negativen Kapitalkontos	162
cc) Welches Kapitalkonto ist maßgebend?	163
dd) Unmöglichkeit der späteren Auffüllung des negativen Kapitalkontos	163
ee) Besonderheiten bei der Veräußerung eines KG-Anteils	166
ff) Erbfälle bei bestehendem negativen Kapitalkonto	167
gg) Ausscheiden eines Kommanditisten	167
hh) Sanierungsgewinn	167
ii) Veräußerungsgewinn	168
jj) Zeitpunkt der Nachversteuerung	168

XI. Gesellschafterwechsel

1. Allgemeines	168
2. Entgeltliche Veräußerung eines Mitunternehmeranteils	169
a) Grundsätzliches	169
b) Veräußerung eines Teils eines Mitunternehmeranteils	171
c) Entbehrlichkeit einer Bilanzierung auf den Veräußerungszeitpunkt	171
d) Ermittlung des anteiligen Veräußerungsfreibetrags	172
3. Unentgeltliche Übertragung eines Mitunternehmeranteils	173
4. Ausscheiden eines Gesellschafters	173
a) Zivilrechtliches	173
b) Ausscheiden gegen Abfindung	174
aa) Allgemeines	174
bb) Bilanzielle Behandlung	175
cc) Berücksichtigung eines Geschäftswerts	176
dd) Abfindung unter dem Betrag des Kapitalkontos	176
ee) Ausscheiden eines Gesellschafters mit negativem Kapitalkonto	177
ff) Ausscheiden eines lästigen Gesellschafters	178
c) Ausscheiden gegen Sachwertabfindung	179
aa) Allgemeines	179
bb) Sachwerte werden Privatvermögen des ausscheidenden Gesellschafters	179
cc) Sachwerte werden Betriebsvermögen des ausscheidenden Gesellschafters	180
dd) Realteilung	181
d) Ausscheiden ohne Abfindung	182
5. Eintritt eines Gesellschafters	183
6. Tod eines Gesellschafters	183
a) Auflösung der Gesellschaft	183
b) Anwachsung	183
c) Eintritt eines Erben in die Gesellschaft	183
d) Besonderheiten bei mehreren Erben	184
7. Gesellschafterwechsel und Sonderbetriebsvermögen	186
a) Anwendung des § 16 Abs. 1 Nr. 2 EStG	186
b) Behandlung von Sonderbetriebsvermögen im Erbfall	186
c) Sonderbetriebsvermögen beim Ausscheiden eines Mitunternehmers	187

XII. Familienpersonengesellschaften

1. Begriff und Problemstellung	187
2. Die steuerrechtliche Anerkennung von Familienpersonengesellschaften	189
a) Grundsätzliches	189

b) Klare Vereinbarungen	190
c) Ernsthaftigkeit der Vereinbarungen	191
aa) Allgemeines	191
bb) Pflegerbestellung	192
cc) Vormundschaftsgerichtliche Genehmigung	193
dd) Formerfordernis	194
d) Tatsächliche Durchführung	195
aa) Allgemeines	195
bb) Mitunternehmereigenschaft	195
cc) Veränderung gegenüber dem früheren Zustand	196
dd) Weitere Merkmale und Gesamtbildbetrachtung	196
3. Anerkennung der Gewinnverteilung	197
a) Allgemeines	197
b) Unterschiedliche Behandlung zwischen entgeltlichem und unentgeltlichem Beteiligungserwerb	198
c) Entgeltlicher Beteiligungserwerb	198
d) Unentgeltlicher Beteiligungserwerb	200
aa) Allgemeines	200
bb) Die Begründung der 15 %-Rechtsprechung	200
cc) Kritik an der Rechtsprechung	201
e) Folgen einer unangemessenen Gewinnverteilung	202

XIII. Feststellung der Einkünfte aus einer Mitunternehmerschaft

1. Allgemeines	202
2. Inhalt der einheitlichen Gewinnfeststellung	203

Anhang:

BdF-Schreiben vom 20. 12. 1977 betr. Besteuerung der Mitunternehmer von Personengesellschaften – Mitunternehmererlaß	205
Stichwortverzeichnis	229